

# TSCHECHOSLOWAKEI

## PLOGSTEDT-PROZESS

### Sergeant Wassja

In der Wohnung der Prager Postbeamten Petruška Šustrová, 22, arbeitete eine geheime Druckerei. Nur wenige der Verschwörer wußten genau, daß dort, in der unauffälligen Klein-Wohnung in Prag 3, Kolínská 15, die Bulletins der „Bewegung der revolutionären Jugend“ hergestellt wurden: Ganz im geheimen brachten Mitglieder einer Zelle mit dem tschechoslowakisch-deutschen Namen „Lev Ackermann aus Böhmen“ (Lev bedeutet „Löwe“) Manuskripte, Papier und Farbe dorthin und holten fertiges Material ab.

Damals, im Frühling 1969, war die Druckerei überlastet; neben der Arbeit an einem dicken Buch, „Bürokratie



der Republik“ (Paragraph 98, Absatz 1 StGB/ČSSR). Strafe: von einem Jahr bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug.

19 Umstürzler hatten sich laut Anklageschrift nach den Regeln erfahrener Revolutionäre in Zellen organisiert: Allein in der landwirtschaftlichen Hochschule in Prag gab es drei solcher Untergrund-Gruppen. Die Zelle des angeklagten Philosophiestudenten Vavřinec Korčič, 22, trug den (russischen) Decknamen „Sergeant Wassja“. Die Revolutionäre um das SDS-Mitglied Sibylle Plogstedt und ihren Freund, den Diplom-Ingenieur Petr Uhl, 29, hatten sogar einen legalen Treffpunkt: Als Mitglieder des polizeilich registrierten „Historisch-soziologischen Klubs mit dem Aspekt der Futurologie“ erhielten sie unter dem Schutz der parteiigen Jugendorganisation ein Klublokal.

Die ideologische Anweisung zum Handeln entnahm die Gruppe ihrem antibürokratischen Revolutions-Kompendium: darunter eine Sammlung von Artikeln der linken Klassiker Trotzki, Alexandra Kollontaj, Bucharin und Djilas und ein Plogstedt-Kommentar zum Buch des jugoslawischen Philosophen Mihajlo Markovic: „Dialektik der Praxis“.

Die illegale Druckerei produzierte auch einen Extrakt aus dem „Offenen Brief an die Partei“ der polnischen Oppositions-Marxisten Kuroń und Modzelewski (SPIEGEL 48/1967), mehrere Manifeste und Proklamationen und einen „Teilbericht zu den durch repressive Kräfte verursachten Morden, die in der Nacht vom 21. auf den 22. August 1969 stattgefunden haben“.

Polizisten und Staatsanwälte wurden von der Vernehmung sozialistischer Feinde des sozialistischen Staates offensichtlich irritiert. Laut Anklage übte Sibylle Plogstedt „Kritik an den politischen Zuständen in der ČSSR, um die Lage zu verbessern; ihre Sympathien zu der KPČ sind nach der Ankunft der verbündeten Truppen im August 1968 gesunken“.

Staatsanwalt Štilip kam zu dem Ergebnis, daß die Angeklagten „objektiv das Bestreben der inneren und ausländischen Reaktion nach wirtschaftlicher und politischer Zersetzung der Republik unterstützten“. Der letzten Montag eröffnete Prozeß mußte auf diese Woche vertagt werden, weil der Sibylle Plogstedt die Anklageschrift noch nicht in deutscher Sprache vorgelegen hatte.

Unter sozialistischen Intellektuellen hatte bereits die Verhaftung der linksradikalen ČSSR-Oppositionellen Aufsehen erregt: „Dazu kann weder die fortschrittliche Öffentlichkeit in Westeuropa schweigen noch ein aufrichtiger Kommunist und Sozialist“, hieß es in einem „Offenen Brief“, der sofortige Freilassung der Inhaftierten und öffentliche Diskussion ihrer Ansichten forderte. Unterschrieben war der Protest vom Gehirntrübs des europäischen Sozialismus — unter anderem von Ernst Bloch, Margherita von Brentano, Ekkehart Krippendorf, Allaine Krivine, Klaus Meschkat, Oskar Negt, Luigi Nono, Rossana Rossanda und Jean-Paul Sartre.

# VERSICHERUNGEN

## ENGLAND

### Absturz in die Pleite

Mehr als 800 000 englische Automobilisten durften letzte Woche „auf keinen Fall das Kraftfahrzeug benutzen“ (so die Britische Versicherungsvereinigung). Denn sie waren Opfer der größten Versicherungspleite geworden, die England je erlebte.

Am vergangenen Montag hatten die Direktoren der Vehicle & General Insurance Company (V&G), einer der größten Assekuranz-Firmen des Landes, die „totale Zahlungsunfähigkeit“ ihrer Gesellschaft verkündet. Gleichzeitig beantragten sie das Konkursverfahren gegen V&G und fünf Tochtergesellschaften. Jeder zehnte britische Fahrzeughalter war damit ohne Versicherungsschutz.

„Zu einem solchen Desaster hätte es nicht kommen müssen“, kommentierte



Daily Mail, London

„Für den Fall, daß auch Sie Pleite machen, möchte ich meine Prämie in Rolls-Royce-Aktien bezahlen“

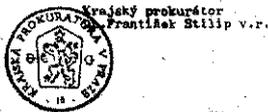
ein Versicherungsmakler der Londoner City die Pleite, „wenn der Wettbewerb in der Branche nicht so halbsbrecherisch geführt worden wäre.“

Die Versicherungsfirma unterlag in einem Konkurrenzkampf, den sie selbst mitentfacht hatte. Denn noch bis in die sechziger Jahre hinein waren die großen „piekfeinen Versicherer wie Lloyds und General Accident“ („The Guardian“) in einem Kartell unter sich. Dann gelang es immer mehr kleinen Assekuranten, ins lukrative Auto-Haftpflicht-Geschäft einzudringen.

Am erfolgreichsten war dabei die 1960 von dem ehemaligen Kampfflieger Tony Hunt und dem Londoner Geschäftsmann Reginald Burr übernommene Vehicle & General Insurance Company. Im ersten Jahr hatten Hunt und Kompagnon fast ausschließlich Fahrräder versichert und nur ein bescheidenes Prämienaufkommen von

Obviněný Jiří Hoffman pochází z rodiny čestojáha čsl. V dětství onemocněl spídiou, která u něho zanechala vadu řeči takže nemohl dokončit stř. průmyslovou školu a nastoupil jako pomoc. dělník v n.p. Arnabeton, kde je hodnocen jako dobrý pracovník. V osobním životě projevuje sklony k alkoholu, pod jehož vlivem se dopouští drobnějších výtržností.

V Praze dne 2 9 1971



Za správnost vyhotovení

Sibylle Plogstedt, Anklageschrift „Sympathien gesunken“

nein — Revolution ja“ (Auflage: 400), mußten die Illegalen auch noch einer befreunden Gruppe in Warschau aushelfen: In der Prager Wohnung wurde „Das unzensurierte Bulletin“ in polnischer Sprache gedruckt. Die gesamte Auflage holte der polnische Archäologie-Student Maciej Kozłowski ab. Am 30. Mai wurde er in Starý Smokovec an der polnischen Grenze verhaftet.

Die Geheimgesellschaft in Prag hielt länger aus. Als erste fiel die West-Berliner Studentin Sibylle Plogstedt in die Hände der tschechischen Staatspolizei — am Samstagabend, dem 13. Dezember 1969 (SPIEGEL 7/1971). Sonntags wird in der ČSSR nicht verhaftet; Sibylles Freunde, darunter Petruška, Šustrová, wurden erst am Montag, dem 15. Dezember, ins Prager Polizeigefängnis Ruzyně gebracht.

Nach 13 Monaten Haft klagte sie im Januar 1971 der Prokurator von Prag, Dr. František Štilip, unter Aktennummer 2 Kv 310/69 an — wegen „Umsturz

## SÜDAFRIKA

### KIRCHEN

#### Zu viel Respekt

88 000 Mark im Jahr verbucht. Bald aber jagten die V&G-Manager mit großzügigen Rabatten und niedrigen Prämiensätzen den alteingesessenen Konkurrenten immer mehr Kunden ab.

Überdies warben Hunt und Burr mit Höchstprovisionen von 17 1/2 Prozent — anstelle der sonst üblichen zehn Prozent — eine schlagkräftige Vertreter-Mannschaft an. Zuletzt holten die V&G-Herren Prämien in Höhe von 176 Millionen Mark herein — das Zweitausendfache der Anfangseinnahmen.

Vor zwei Jahren allerdings mochten sich die großen Gesellschaften nicht länger von Außenseitern verdrängen lassen. Am 1. Januar 1969 lösten sie ihr auf Seriosität bedachtes Kartell auf und versuchten nun ihrerseits, mit den Methoden der Emporkömmlinge verlorene Kunden zurückzugewinnen.

Finanzielle Einbußen konnten die kapitalkräftigen Versicherungskonzerne dabei leichter verkraften als etwa V&G. Schon bald mußte daher V&G-Chef Hunt die Prämien erhöhen.

Trotzdem stand bereits im Juli vergangenen Jahres V&G so wackelig, daß Großbritanniens konservativer Minister für Handel und Industrie, John Davies — Oberaufseher über alle Versicherungsunternehmen —, „beträchtliche Besorgnis“ über die Firma verspürte. Diese Sorge hielt Davies gegenüber den Autofahrern freilich geheim.

Das Schweigen des Ministers ermöglichte es Exkampfflieger Hunt, noch rechtzeitig im Oktober vorigen Jahres von dem abschmierenden Unternehmen abzuspringen. Er verkaufte sein Paket von 403 619 V&G-Aktien an der Londoner Börse.

Nach dieser Transaktion allerdings begannen Börsenexperten die Finanzmisere zu ahnen. V&G-Aktien, vor zwei Jahren mit 362 Pence (31,78 Mark) gehandelt, rutschten bis Januar auf etwa 57 Pence (fünf Mark) ab. Anfang voriger Woche war das Papier nur noch 17 Pence (1,49 Mark) wert.

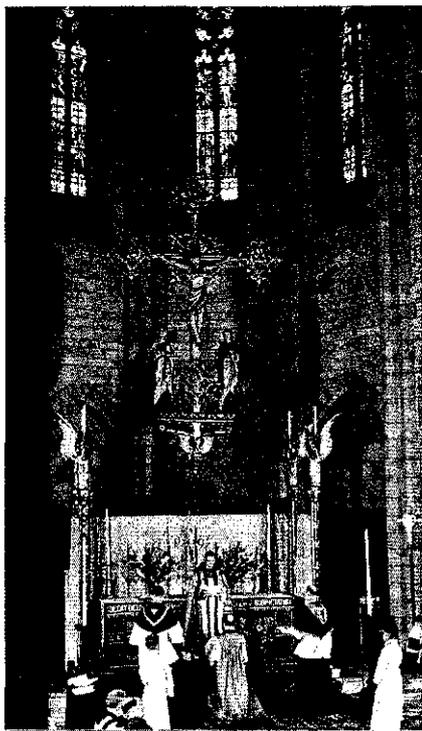
Erst in der vorletzten Woche eröffnete Handelsminister Davies den Managern der angeschlagenen Firma: Das Ministerium beabsichtige, der Firma innerhalb der nächsten 30 Tage den Geschäftsbetrieb zu untersagen. Daraufhin beantragten die V&G-Direktoren die Liquidation. Das ganze Ausmaß des Finanz-Debakels wollen sie erst beim Konkurstermin am 22. März offenlegen.

Großbritanniens Versicherungsgesellschaften reagierten erleichtert auf den Zusammenbruch. Endlich sahen sie das Ende der niedrigen Prämiensätze gekommen. Der größte private britische Automobilversicherer, General Accident, erhöhte bereits einen Tag nach der V&G-Pleitemeldung die Prämien bis zu 33 1/2 Prozent. Die Sun Alliance und London Insurance schlugen 20 Prozent auf. Andere Versicherer wollen nachziehen.

Urteilte ein Londoner Makler: „Solche Prämienaufschläge hätten V&G wahrscheinlich gerettet — das ist wirklich Ironie des Schicksals.“

Der Superintendent Gonville Ffrench-Beytagh hatte gerade seine Morgenmesse beendet und verließ, kurz vor sieben Uhr, durch ein Seitenportal die Kathedrale der Heiligen Jungfrau Maria in Johannesburg.

Da traten zwei Herren auf ihn zu und zückten ihre Erkennungszeichen: Sicherheitspolizei. Die beiden begleiteten den Geistlichen in seine Büroräume und durchwühlten seine Akten. Nach zwei Stunden zogen sie wieder ab — offenbar hatten sie das Gesuchte nicht gefunden.



Gottesdienst in Kapstadt  
Besuch von der Geheimpolizei

Ffrench-Beytagh war an diesem Morgen, dem Donnerstag vorletzter Woche, nicht der einzige, der in Südafrika frühen Besuch von der Geheimpolizei erhielt. Nach einem minutiösen Plan waren Sicherheitsbeamte in allen Teilen Südafrikas zu 25 Sondereinsätzen ausgerückt.

Ihr Ziel waren — neben Journalisten und Studentenführern — vor allem Kirchenmänner und kirchliche Organisationen. So durchsuchten die Polizisten die Büroräume des Südafrikanischen Kirchenrates in Johannesburg, Port Elizabeth und Kapstadt. Sie wühlten in den Aktenschränken des gemischtrassischen „University Christian Movement“ wie des interkonfessionellen „Christian Institute“.

Südafrikas Premier Balthazar Johannes Vorster hat offenkundig zum Großangriff auf jene Geistlichen geblasen, die seine Apartheid-Politik

bekämpfen. Für den Direktor des „Christlichen Instituts“ in Johannesburg, Beyers Naude, steht bereits fest, daß in Südafrika eine „religiöse Verfolgung“ stattfindet.

Schon seit Jahren agitieren die englischsprachigen Kirchen Südafrikas gegen den Rassenwahn des Vorster-Regimes. Allein in den letzten fünf Jahren wurden 40 Geistliche für ihre Opposition gegen die Apartheid-Politik bestraft — mit Paßentzug, mit der Verweigerung von Aufenthaltsgenehmigungen oder mit Landesverweis.

Der Kleinkrieg zwischen Kirchen und Staat spitzte sich voriges Jahr zu, nachdem der Weltkirchenrat seinen Mitgliedern empfohlen hatte, den Widerstand gegen rassistische Unterdrückung mit Geld zu unterstützen. Aufgebracht über diesen Beschluß, forderte Vorster die südafrikanischen Mitglieds-Kirchen des Weltkirchenrats auf, aus der Weltorganisation auszuscheiden — sonst werde er gegen sie vorgehen. Doch die Kirchen kuschelten nicht, sie blieben im Weltkirchenrat.

Vorster steckte daraufhin scheinbar zurück. Öffentlich erklärte der Bure, der selbst Mitglied der weitgehend regierungsfrommen „Nederduitse Gereformeerde Kerk“ ist: „Ich habe zu viel Respekt vor meiner eigenen Kirche, als daß ich gegen andere Kirchen kämpfen würde.“

Doch tatsächlich hatte der Regierungschef nur die Taktik geändert. Im Kabinett gab er die Parole aus, jetzt nicht mehr gegen die Kirchen, sondern gegen einzelne Geistliche vorzugehen. Folge: Allein in den ersten zwei Monaten dieses Jahres strafte die Kap-Rassisten 14 Kirchenmänner mit Paßentzug oder Landesverweis.

Prominentestes Opfer der neuen Vorster-Taktik wurde Superintendent Ffrench-Beytagh aus Johannesburg, der am 20. Januar schon einmal von der Sicherheitspolizei aufgesucht worden war. Damals hatten die Polizisten den 59jährigen mitgenommen und eine Woche lang in Einzelhaft gesperrt. Er kam zwar gegen eine Kaution wieder frei, doch in drei Monaten soll ihm der Prozeß gemacht werden.

Angeblich hatte der Geistliche Kontakt mit kommunistischen Organisationen. Doch dafür mangelt es offenbar noch an Beweisen. Denn die Aktionen vom vorletzten Donnerstag waren, wie der Chef der Sicherheitspolizei, A. J. Venter, verriet, „im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen den Superintendenten erfolgt“.

Ein weiteres Razzien-Ziel waren Geistliche, die mit der „Dependence Conference“ in Verbindung stehen, einer Organisation, die zur Unterstützung der über 800 politischen Häftlinge in Südafrika und ihrer Familien gegründet wurde.

Allein in Kapstadt beschlagnahmten die Vorster-Gehilfen 300 Mappen und einen vollen Archivkasten. Die Beute, so hoffen die Polizisten, soll Auskünfte über Spenden und Spender der „Dependence Conference“ geben — Adressen für neue Razzien.